

Wolkersdorf, 22. September 2013

Kollegium am BG/BRG Wolkersdorf

Withalmstraße 14

2120 Wolkersdorf

An das

Präsidium des Nationalrats

per E-Mail

Stellungnahme zur Dienstrechts-Novelle 2013 – Pädagogischer Dienst

Sehr geehrte Damen und Herren!

Als Lehrer/innen- Kollegium am BG/BRG Wolkersdorf erlauben wir uns zum vorliegenden Entwurf des Lehrer/innen- Dienstrechts Folgendes anzumerken:

1. Wir fordern eine Rückkehr zu der in Österreich seit Jahrzehnten gepflegten **Tradition der Sozialpartnerschaft** und eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den Argumenten der Standesvertretung anstatt einer medial inszenierten Diffamierung unseres Berufsstandes aus wahltaktischen Gründen.
2. Wir wünschen uns weiterhin ein **masterwertiges Anstellungserfordernis** für die Lehrer/innen an Allgemeinbildenden Höheren Schulen. Dass künftig bereits ein abgeschlossenes Bachelorstudium für eine Lehrbefugnis ausreichend sein soll, trägt aus unserer Sicht zu einem Qualitätsverlust bei.
3. In noch höherem Ausmaß könnte der geplante Einsatz von Lehrer/innen in jedem beliebigen Schultyp sowie in jedem beliebigen Unterrichtsfach, unabhängig von der absolvierten Ausbildung, zur Beeinträchtigung der Unterrichtsqualität führen. Wir ersuchen dringend darum, diese Regelung zu überdenken.
4. Die generelle Erhöhung der Lehrverpflichtung auf 24 Unterrichtsstunden für alle künftigen Lehrer/innen lehnen wir mit Entschiedenheit ab. Dies würde, besonders für Lehrer/innen mit korrekturintensiven Schularbeitsfächern, eine **Arbeitszeiterhöhung von bis zu 40 Prozent** bedeuten. Alle Unterrichtenden müssten zusätzliche Klassen übernehmen und damit mehr Schüler/innen betreuen als bisher. **Für die einzelnen Schüler/innen würde zwangsläufig weniger Zeit bleiben**, und nicht mehr, wie es fälschlicherweise gegenüber der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Laut Arbeitszeitstudie aus dem Jahr 2000 erbringt ein/e vollbeschäftigte/r AHS- Lehrer/in jährlich durchschnittlich eine Arbeitsleistung von 1928 Stunden. Wir erwarten uns, dass der Dienstgeber entweder diesen Wert

anerkennt oder in einer neuen Arbeitszeitstudie aktualisiert. Die künftige Arbeitszeitregelung der Lehrer/innen sollte sich an den Ergebnissen einer solchen Studie orientieren. Von der Politik würden wir uns die Einsicht wünschen, dass Lehrer/innen/arbeit mehr ist als „in der Klasse stehen“, nämlich auch: *Korrektur von Hausübungen; Erstellung von Arbeitsaufgaben für Schularbeiten und Tests; Korrektur von Schularbeiten und Tests; Erstellung von Jahresplanungen und Stundenbildern; Erstellung von Übungsaufgaben und Übersichtsblättern; Kopieren von Arbeitsaufgaben, Übungsblättern etc.; Vorbereitung und Durchführung von Sportwochen, Sprach- und Projektwochen; Organisation von Exkursionen; Teilnahme an Konferenzen; Elterngespräche und Teilnahme an Klassenabenden; Besprechungen mit Fachkollegen zur Festlegung einheitlicher Standards; Führung von Klassenbüchern; administrative Tätigkeiten von Klassenvorständen; Besuch von Fortbildungsveranstaltungen und Lesen von Fachliteratur; Vorbereitung auf die Reifeprüfung; Wartung der EDV- Anlage und andere Kustodentätigkeiten; Bildungsberatung; Durchführung der Schulbuchaktion; Verwaltung der Schulbibliothek; Pausenaufsichten; (unbezahlte) Supplierungen; Arbeiten im allgemeinen Interesse (1. Hilfe- Kurs, Verkehrssicherheitstag usw.) und anderes mehr.*

Übrigens wurde in der von der Weltgesundheitsorganisation durchgeführten HBSC-Studie im Jahr 2010 eine **wöchentliche Arbeitszeit von durchschnittlich knapp 45 Stunden** für vollbeschäftigte Lehrer/innen in Österreich erhoben.

5. Wir verlangen vom Dienstgeber, dass uns an den Schulen **Arbeitsplätze** zur Verfügung gestellt werden, **die den Anforderungen eines modernen Schullebens entsprechen**. Aktuell steht jedem Unterrichtenden in unserem Konferenzzimmer im besten Fall eine Arbeitsfläche von 0,25 m² zur Verfügung. In einigen Fällen müssen sich zwei oder drei Lehrer/innen einen solchen „Arbeitsplatz“ teilen. Weiters gibt es derzeit im Konferenzzimmer 6 PCs für ca. 60 Lehrer/innen. Ob unter diesen Umständen gerade die „Besten“ für den Lehrberuf gewonnen werden können?
6. Dass in Zukunft für zahlreiche Tätigkeiten (z.B. Klassenvorstandsarbeiten, Verwaltung von Kustodiaten, Betreuung von Studierenden im Schulpraktikum...) keine Zulagen mehr bezahlt werden sollen, empfinden wir als **leistungsfeindliche Bestimmung** im neuen Dienstrecht. Die Übernahme zusätzlicher Arbeiten und zusätzlicher Verantwortung sollte auch in Zukunft entsprechend entlohnt werden. Als besondere Ironie empfinden wir es, dass die

größere Regierungspartei gerade solche „All-In-Verträge“, wie sie im neuen Lehrerdienstrecht vorgesehen sind, im Wahlkampf scharf kritisiert hat. Gelten derartige Aussagen für Lehrer/innen nicht?

7. Wir wenden uns entschieden gegen **massive Gehaltseinbußen** für künftige Lehrer/innen. Besonders die AHS ist (als ideologisch unerwünschte Schulform?) derartig betroffen, dass sich die Verluste im Erwerbsleben auf über eine halbe Million Euro (!) summieren können. Gerade in Zeiten eines sich abzeichnenden massiven Lehrermangels steht das Schulsystem als Arbeitgeber in Konkurrenz zur Privatwirtschaft. **Eigentlich sollte sich die Politik unter solchen Rahmenbedingungen darum bemühen, den Lehrberuf attraktiver zu machen.** Werden zukünftig gerade die in politischen Sonntagsreden beschworenen „Besten“ unter derartigen Bedingungen als Lehrer/innen zur Verfügung stehen? Wird deren Idealismus ausreichen, um für sehr viel weniger Geld deutlich mehr zu arbeiten? In diesem Zusammenhang wenden wir uns gegen eine Irreführung der Öffentlichkeit durch „geschönte“ Berechnungen. (In Aussendungen wurden 22 Stunden Unterrichtsverpflichtung im bisherigen System mit 24 Stunden im neuen System verglichen.)
8. Wir fordern den **Einsatz von Supportpersonal** an den Schulen (z.B. von Schulpsychologen und Sozialarbeitern) in einem Ausmaß, wie es in den skandinavischen Ländern (die uns ja auch sonst gerne als gutes Beispiel vor Augen geführt werden) üblich ist oder zumindest, wie es dem OECD- Durchschnitt entspricht. Die (ohne schriftliche Zusicherung) in Aussicht gestellten 150 ehemaligen Postbediensteten für die rund 6000 Schulen in Österreich entsprechen dieser Erwartung jedenfalls bei weitem nicht. Wurde die weitere Teilnahme an der OECD- Studie TALIS etwa deshalb von der Politik untersagt, weil man darin die Bestätigung findet, dass in keinem teilnehmenden Land den Lehrer/innen **so wenig Supportpersonal zur Seite gestellt wird wie in Österreich?**

Wir ersuchen, unsere Bedenken im Interesse eines guten öffentlichen Schulwesens zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen,

62 Lehrer/innen am BG/BRG Wolkersdorf